

04/17

Spendenkonto
Web
Kontakt

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Liebe Freundinnen und Freunde

Liebe Freundinnen und Freunde
von **borderline-europe**,

hiermit bitten wir um Nachsicht für die lange Pause seit dem Erscheinen unseres letzten Newsletters. Die Arbeit an einer Abschlussdokumentation, an neuen Projekten und Anträgen sowie die leider alltäglich gewordene Situation an den Außengrenzen der EU hat uns dermaßen beschäftigt, dass wir den Newsletter immer wieder vor uns hergeschoben haben. Aber hier kommt jetzt dafür ein etwas umfangreicherer und für das nächste Mal geloben wir Besserung. In diesem Sinne wünschen wir euch eine aufschlussreiche Lektüre.

Das Team von **borderline-europe**

Spendenkonto
Web
Kontakt

Themen dieser Ausgabe

Vorwort

Aktuelles

Kriminalisierungsvorwürfe

Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr ZUR

Es lebe DUBLIN ist tot.

Oxfam Bericht: a dangerous game

Seenotrettung auch per Flugzeug

Überblick Projekte Borderline

Griechenland: Support Center for Refugees and Locals Mosaik

Griechenland (Chios): ein Reisebericht

Italien: Kontrolle, Repression und Tote an den Außengrenzen

Italien: Stigmatisierung der nigerianischen Migrant*innen – die Jagd ist eröffnet

Türkei: Blogprojekt Harek Act

Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik (KideM)

Save the dates!

Pressekonferenz 18. Mai

Benefizkonzert 1. Juli

Euromediterranea 29.Juni-1.Juli

Aktuelles – Kriminalisierungsvorwürfe

Derzeit sind die Vorwürfe gegen private Rettungsschiffe im Mittelmeer, „Schlepper“ zu unterstützen und Migrant*innen und Geflüchtete so die Einreise in die EU zu ermöglichen, ein zentrales Thema im Kontext der Kriminalisierung von Seenotrettungsaktionen.

Durch die von **NGOs ausgeführte Seenotrettung** würden sich vermehrt Menschen auf den Weg machen die riskante Überfahrt von Libyen nach Italien zu wagen, so der Direktor der europäischen Grenzschutzorganisation FRONTEX Fabrice Leggeri. Ebenso sei es nach dem Generalstaatsanwalt von Catania **Carmelo Zuccaro** fragwürdig, woher die **Gelder für die Rettungsaktionen** genommen und in welcher Form die Rettungen durchgeführt werden und ob sich die Rettungsschiffe noch in der SAR (Search and Rescue) Zone befinden (mindestens 12 Seemeilen von der Küste entfernt) oder bereits im libyschen Gewässer. Am 12. April fand eine Anhörung der NGOs in Rom statt, bei der die Rettungs-NGOs sich den Fragen des Schengen Komitees des italienischen Parlaments stellen sollten. *SOS MED*, *Sea Eye* und *Pro Activa* nahmen teil. Ihnen wird weiterhin vorgeworfen mit den nordafrikanischen Schleppern zu kooperieren – Beweis dafür sei die Verteilung von Mobiltelefonen an Migrant*innen und Geflüchtete durch die „Schlepper“, in denen die Te-

lefonnummern von NGOs gespeichert seien. Außerdem seien NGOs in Kontakt mit einer Gruppe von Männern gewesen, die den westlichen Teil von Tripoli kontrollierten. Welche NGOs dabei involviert sein sollen, wurde von **Leggeri** nicht näher erläutert.

Eine **Studie von Elias Steinhilper und Rob Gruijters** (Oxford University) beweist jedoch das Gegenteil zu den Anschuldigungen Leggeris: die Anzahl der über das Mittelmeer angekommenen Migrant*innen und Geflüchteten ist durch die Präsenz von NGOs- Rettungsorganisationen nicht gestiegen. Ganz im Gegenteil seien die Abfahrten in den untersuchten Perioden mit mehr Rettungsschiffen zurückgegangen.

In einer **Pressekonferenz** am 31. März in Catania hat die Vize-Präsidentin von SOS Mediterranée und Direktorin von SOS MED Frankreich Sophie Beau die Vorwürfe von Zuccaro abgelehnt und vergewissert, dass SOS MED keinerlei Kontakte zu den nordafrikanischen Schleppern hat. Die Rettungsaktionen, die in der SAR Zone abgewickelt werden, werden entweder vom MRCC (Maritime Rescue Coordination Centre) in Rom koordiniert oder die in Not geratenen Schiffe werden von den NGOs selbst entdeckt, die sich eben in der SAR Zone befinden.

In einem Treffen in Brüssel der involvierten Seenotrettungsinitiativen Sea-Watch, Proem-Air, ProActiva Open Arms, SOS MED, Hellenic Rescue Team, IUVENTA Jugend Rettet, Humanitarian Pilots Initiative, SMHumanitario und United Rescue

Aid wurde beschlossen, die angeführten Vorwürfe zurückzuweisen und gemeinsam mit Human Rights at Sea und der International Maritime Rescue Federation auf die Anschuldigungen Leggeris und Zuccaro mit Gegenwind zu reagieren.

Die Rettungsaktionen der NGOs in der SAR Zone sind lebensnotwendig. Wenn die Kriminalisierung von NGO-Schiffen weiter vorangetrieben wird und ihre Kompetenzen eingeschränkt werden sollten, kann dies für die in Seenot geratenen Migrant*innen den Tod bedeuten. **Mehr**

Aktuelles – Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr ZUR

Nachdem die Untätigkeit der Friedensnobelpreisträgerin EU nun sogar schon private Seenotrettungsschiffe zwingt **Maydays zu senden**, wird die EU- Abschottungspolitik auch in Deutschland immer konkreter: Am 13. März 2017 wurde in Berlin die Arbeit des Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr (ZUR) aufgenommen. Die Geschäftsstelle, deren Leitung beim Bundesinnenministerium liegt, wurde in einer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Berlin eingerichtet. Neben Mitarbeiter*innen aus jedem Bundesland sollen **das Asyl- Bundesamt und die Bundespolizei vertreten sein**. Der Regelbetrieb soll ab Mitte Mai zur Koordination und Identifizierung von **Sammelrückführungen** laufen.

Bund und Länder wollen durch die Zusammenarbeit vor allem eine effektivere Arbeit bei der freiwilligen Rückkehr und bei Abschiebungen garantieren. So sollen die Reaktionszeiten verkürzt werden sowie die Menschen, die ein „Anrecht auf Asyl“ haben, schnell integriert und diejenigen ohne Bleibeperspektive „schnell in ihre Heimatländer zurückführt werden“. **Thomas de Maizière** betonte die Wichtigkeit der Rückführungen auf nicht-freiwilliger sowie freiwilliger Basis. Während in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) auch verstärkt Einzelrückführungen von Intensivtätern oder Gefährdern ins Auge gefasst werden, sollen durch einen ständigen Austausch auch die Instrumente zur **Förderung der freiwilligen Rückkehr** in Zukunft noch stärker genutzt werden.

Aktuelles – Es lebe DUBLIN ist tot.

Ungarn sperrt sie in Container um zu verhindern, noch mehr zu bekommen; Polen will es Ungarn nachmachen und Tschechiens „Boot“ ist mit 12 Geflüchteten randvoll, zumindest wenn man den Politiker*innen Gehör schenkt und in Zukunft dürfen wir alle Geflüchteten, deren Fluchtroute durch Griechenland verlief, dorthin zurück schicken. Ein Einblick in Europas Verantwortungsabschiebung namens Dublin

Die Dublin Verordnung, dessen erste Version 1997 in Kraft trat, regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens. Sie besagt, dass man nur in dem Staat einen Asylantrag stellen darf, in den man nachweislich zuerst eingereist ist. Das heißt auch, dass vor Beginn des Asylverfahrens die Zuständigkeit geprüft wird, und der*die Asylbewerberin in einen sicheren Drittstaat abgeschoben werden kann. Die Dublin Verordnung schließt den gesamten EU-Raum und einige weitere Länder (Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen) ein und führt zu einer starken Belastung von Italien und Griechenland. Die Rückführung nach Griechenland wurde schon 2011 ausgesetzt. Damals hatten der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Gerichtshof der EU (EuGH) entschieden, dass das griechische Asylsystem vor allem bei der Unterbringung den menschenrechtliche Standards verletzt und deshalb Flüchtlinge nicht mehr dorthin abgeschoben werden dürfen.

Im Dezember 2016 beschloss die EU, nach dem sie Griechenland mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt hat, die Rückführung nach Griechenland ab Mitte März wieder aufzunehmen. Umstritten ist, ob die Unterbringungen den internationalen Standards mittlerweile genügt. Mehrere Länder haben trotzdem bereits zugesagt, diese Möglichkeit zur Rückführung zu nutzen.

Kurz nach dem Griechenland wieder in das Dublin Verfahren eingegliedert worden ist, hat sich Ungarn, die bisher die größten Gegner einer Verteilungsquote waren, ein Beispiel an Griechenlands

Situation 2011 genommen. Ungarn beschließt, Geflüchtete statt übers Land verteilt in einem Camp an der serbischen Grenze unter zu bringen, in dem die Menschen unter unwürdigen Bedingungen leben und in dem es nur einen Ausgang gibt: der zu Serbien. Damit entspricht die Unterbringung nicht mehr den EU Mindeststandards. Als Reaktion darauf kündigte die deutsche Bundesregierung an, Geflüchtete nur nach Ungarn abzuschicken, wenn die ungarischen Behörden die Einhaltung der EU-Standards in jedem Einzelfall garantiert. Das heißt auch: wenn Deutschland keine Bestätigung von Ungarn bekommt, werden keine Flüchtlinge dorthin abgeschoben. Kluger Schachzug, Herr Orban. Er ist nämlich jetzt seinem Wunsch nach weniger Geflüchteten ein gutes Stück näher gekommen.

Als die Reaktion der Bundesregierung bekannt wurde, kündigte auch Polen an, die Unterbringung ähnlich wie in Ungarn zu gestalten.

Schade, dass die Leidtragenden diesen politischen Kalküls diejenigen sind, die am wenigsten damit zu tun haben.

Aktuelles – Oxfam Bericht: A Dangerous Game

Der von Oxfam und den Partnerorganisationen Belgrade Centre for Human Rights und Macedonian Young Lawyers Association am 6. April 2017 veröffentlichte Bericht über die Misstände auf der Bal-

kanroute und das „gefährliche Spiel“, wie die Menschen zynisch ihre brutale Reise nennen, legt regelmäßige Misshandlungen, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten offen. Im Zuge der Recherchen wurden 140 Menschen, die in Serbien und Mazedonien Zuflucht suchten, befragt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Länder der Westbalkanroute Migrant*innen und Geflüchtete statt zu schützen mit Gewalt begegneten und zurück in die vorangegangenen Transit-, oder ganz andere, Länder schickten- ohne ihnen die Chance zu geben von ihrem Recht auf einen Asylantrag Gebrauch zu machen. Diese Pushbacks geschehen je nach Land auf unterschiedliche Art und Weise:

Ungarn und Kroatien nutzten brutale Taktiken wie Hundeattacken oder zwangen die Menschen sich bei Minusgraden zu entkleiden. Serbische Behörden schafften ein Klima der Angst und Unsicherheit unter den Migrant*innen indem sie legal registrierte Menschen, die auf ihr Interview warteten, wieder zurück schickten. Auch Bulgarien wurde in den Nachforschungen beschuldigt brutal gegen die Menschen auf der Balkanroute vorzugehen.

Die Herausgeber des Berichts fordern die sofortige Beendigung dieser Menschenrechtsverletzungen, das zur Rechenschaft Ziehen der Täter sowie die Wahrnehmung der Verantwortung seitens der EU für die Einhaltung völkerrechtlicher und menschenrechtlicher Standards zu sorgen.

[Mehr Information](#)

Aktuelles – Seenotrettung auch per Flugzeug

Zivile Luftaufklärungsmission an Europas tödlicher Seegrenze gestartet: Sea-Watch und Humanitarian Pilots Initiative verhindern Bootskatastrophe
Mehr als 100 Flüchtende auf einem sinkenden Schlauchboot konnten am Ostersonntag in letzter Minute gerettet werden, nachdem sie weitab jeglicher Rettungsschiffe von einem Aufklärungsflugzeug entdeckt wurden. Mindestens sieben Menschen waren zu diesem Zeitpunkt bereits ertrunken. Dies ist die bisherige Bilanz der am Osterwochenende gestarteten Luftaufklärungsmission von Sea-Watch und der Humanitarian Pilots Initiative (HPI). Dank großzügiger Unterstützung durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird das Kleinflugzeug mit dem Rufzeichen „Moonbird“ den ganzen Sommer über im Einsatz sein: Um bei der Koordination von Rettungseinsätzen zu helfen, um Druck auf die EU auszuüben, die auf dem Mittelmeer Menschen ertrinken lässt, und um Bootskatastrophen zu verhindern, wie am Ostersonntag geschehen.

[Mehr Information](#)

Überblick Projekte Borderline

Griechenland: Support Center for Refugees and Locals Mosaik

Das gemeinsam von Lesbos Solidarity und border-line-europe betriebene Support Center Mosaik auf der Insel Lesbos kann mittlerweile auf einen ca. 9-monatigen Betrieb zurück blicken. In dieser Zeit sind Sprachkurse (griechisch, englisch, Farsi und arabisch), verschiedene Workshops, eine kostenlose Rechtsberatung und weitere Aktivitäten mit Geflüchteten und Einheimischen durchgeführt worden. Parallel dazu sind eine viersprachige [Homepage](#) (griechisch, deutsch, englisch und spanisch) und ein erster Newsletter erstellt worden, um über die alltägliche Beratung zu informieren. Diese Arbeit hat auch internationale Beachtung gefunden, so ist Mosaik im März 2017 mit dem Menschenrechtspreis der *Vereinigung junger Rechtsanwälte in Spanien* (Association of Young Lawyers in Spain, CEAJ) ausgezeichnet worden, und australische Filmschaffende der Howling Eagle Productions haben einen ersten [Videoclip](#) über Mosaik produziert.

Griechenland (Chios): ein Reisebericht

Mitglieder der Refugee Law Clinic Berlin haben ab Mitte März einen zweiwöchigen Besuch auf der Insel Chios organisiert. Mit einem Team von Ehrenamtlichen wurden Asylrechtsberatungen für Geflüchtete angeboten, in denen sie sich auf die Anhörungen im Rahmen des Asylverfahrens vorbereiten und sich über die Möglichkeiten im Rahmen der Familienzusammenführung informieren und unterstützen lassen konnten. Ein Mitarbeiter von *borderline-europe* hat an dieser Reise teilgenommen und schildert seine Eindrücke von der **Situation auf Chios**.

Dieser Besuch steht im Zusammenhang eines Rechtsberatungsprojektes der **Refugee Law Clinics abroad**, die auch schon im letzten Jahr zeitweise auf Chios Beratungen angeboten haben und jetzt kontinuierlich auf Chios präsent sein werden.

Italien: Kontrolle, Repression und Tote an den Außengrenzen

Seit dem 01.01.2017 sind laut der Tageszeitung „Il Manifesto“ 26.989 Geflüchtete (Stand 12.04.2017) in Italien über See angekommen, doch es sind auch schon wieder Hunderte von Toten zu beklagen: 664 sind es **laut IOM**.

Am 30. Januar erreichten ein französisches Militärschiff den Hafen von Trapani (Sizilien), an Bord auch die **Leichname von zwei Kindern aus der Elfenbeinküste**, gerade einmal fünf und acht Jahre alt. Ihre beiden Geschwister überlebten, doch was nun auf sie zukommt ist fraglich. Die „Unsichtbarkeit“ vor allem der unbegleiteten Minderjährigen, die vielfach in abgelegenen Heimen „geparkt“ werden, nimmt zu. Mehr als 25.800 erreichten nach **Angaben der Vereinten Nationen** allein im letzten Jahr Italien. Doch viele verschwinden aus den für sie unerträglichen Zentren: „*Seit dem ich hier angekommen bin habe ich um die 20 Kameraden vorbeiziehen sehen, zwei von ihnen waren mit mir in Libyen. Sie haben es eine Woche ausgehalten, dann waren sie eines Morgens verschwunden. Hier erinnern sich die Heimmitarbeiter*innen nicht an unsere Namen, nur an unser Herkunftsland. Die Geflüchteten aus Gambia und Nigeria gelten als „problematisch“. Die stellen uns von Anfang an unter Generalverdacht, ohne dass sie uns überhaupt kennen*“, so ein **junger Geflüchteter** in einem Heim im Osten Siziliens. Oftmals werden sie dann mit gerade einmal 18 Jahren aus den Unterkünften herausgeworfen, viele verschwinden lautlos, manche landen in Zentren für Erwachsene, wo dann festgestellt wird, dass gar nichts für sie in die Wege geleitet wurde. Statt sie jedoch in eine Zweitunterkunft (SPRAR) zu überweisen, in der sie eine Chance auf Ausbildung und Integration haben könnten (es gibt jedoch viel zu wenig Plätze), landen sie z.B. in einem Großlager wie **Mineo**, wo sich derzeit über 3.000 Geflüchtete

befinden.

Doch auch Flüchtlingsfrauen geht es nicht besser, wenn sie in Italien ankommen. Es gibt auch für sie viel zu wenig adäquate Plätze und sie werden, ebenso wie die Jugendlichen, in unhaltbaren Zentren abgeladen. „*Das Fehlen von Winterkleidung, von Decken und Wi-Fi, die für die Bewohner*innen die einzige Möglichkeit darstellen würde, mit den Familien im Herkunftsland in Kontakt zu bleiben, wird von der Genossenschaft mit finanziellen Schwierigkeiten gerechtfertigt. Ein Zentrum, das sogar von der Polizeidirektion vergessen wurde: Eine Mitarbeiterin vor Ort meldete, dass die Frauen nicht einmal zur abschließenden formalen Einreichung ihres Asylgesuchs in die Polizeidirektion geladen werden, und dass die Wartezeit ca. 8 Monate beträgt. Die Frauen leben sozusagen in einem Zustand der Verwahrlosung. Der vor Ort aktive Psychologe ist sehr mit bürokratischen Aufgaben beschäftigt und, obwohl eine konstante Aufsicht und eine aufmerksame Behandlung nötig wären, bleibt wenig Zeit für ausführliche Gespräche. Die wären umso wichtiger, weil viele der Frauen in Libyen vergewaltigt und gefoltert wurden und sie oft Fehlgeburten erleiden. Teilweise fehlt die psychologische Betreuung und Begleitung komplett, auch aufgrund der Schwierigkeit sich zu verständigen*“, so der **Bericht aus einer Unterkunft in Palermo**.

Bei allen Ankünften in Sizilien sind auch immer wieder Maghrebener*innen unter den Geretteten. Wie auch schon in Dezember 2016 erhalten diese erneut eine **sofortige Ausreiseverfügung** („7 days“),

die ihnen bescheinigt, dass sie Italien eigenständig innerhalb der nächsten sieben Tage zu verlassen haben. Flüchtlingsaktivist*innen sehen sich nach jeder Ankunft mit Dutzenden auf die Straße gesetzter Geflüchteten an den größeren Bahnhöfen Siziliens konfrontiert, die mit Essen und Decken versorgt werden müssen. Auch schwangere Frauen werden, trotz dem sie besonders schutzbedürftig sind, von den Ausländerbehörden auf die Straße gesetzt, wenn sie nicht Asyl beantragen. Doch gerade hier wird wieder einmal die Sinnlosigkeit der „Festung Europa“ deutlich: mangelnde legale Einreisewege zwingen Menschen, die in ihrer Heimat aus diversesten Gründen keine Chance mehr sehen (seien es Kriege, Armut oder Sonstiges) erst zu einer illegalen und teuren Überfahrt in maroden Booten. Wenn sie in Europa ankommen, bleibt ihnen nur der Asylantrag, da es sonst keinerlei Chancen auf ein Bleiberecht gibt. Neben dem Recht auf Bewegungsfreiheit fehlen weiterhin auch Möglichkeiten eines legalen Aufenthaltes außerhalb des Asylrechts.

Italien: Stigmatisierung der nigerianischen Migrant*innen – die Jagd ist eröffnet

Am 26. Januar hat das italienische Innenministerium ein so genanntes **“Telegramm”** herausgegeben und den Ausländerbehörden von Rom, Turin, Brin-

disi und Caltanissetta – in diesen Städten befinden sich die Abschiebungshaftanstalten – mitgeteilt, dass ab sofort alle nigerianischen Migrant*innen, die nicht über gültige Dokumente verfügen, in Gewahrsam genommen und abgeschoben werden sollen. Bis zum 18. Februar sollen 95 Nigerianer*innen zurückgeführt werden. Dafür werden in den genannten Abschiebungshaften entsprechend Plätze freigehalten. Damit ist der Startschuss für eine ethnische Jagd gefallen, irreguläre Nigerianer*innen sollen kollektiv angeschoben werden. Viele Vereine und Anwalt*innen schreien auf, denn das hat nichts mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu tun. Heute sind es die Nigerianer*innen, morgen schon könnte es weitere Gruppen treffen, die aufgrund ihres Herkunftslandes gar keine Chance auf eine individuelle Prüfung ihrer Situation haben. So zeigte sich schon bei den letzten Ankünften, dass die Nigerianer*innen sofort nach ihrer Ankunft in Sizilien in die Abschiebungshaft überführt wurden – ein zweiter Rechtsbruch: die Verweigerung des Zugangs zum Asylverfahren für alle. Die italienische Regierung steht unter Druck: nach der Ankunft von mehr als 180.000 Geflüchteten über See muss sie zeigen, dass auch hier europäische „Leit“linien umgesetzt werden – wenn man schon die Einreise nicht verhindern kann, so muss man sie doch zumindest schnellstmöglich wieder loswerden.

Mehr Information

Türkei: Blogprojekt Harek Act

Türkei – Ein Jahr EU-Türkei-Deal, Überfahrten auf die griechischen Inseln und Situation für Geflüchtete in der Türkei

Im Juli letzten Jahres haben wir bereits das kollektive Blog-Projekt **‘HarekAct’** vorgestellt, welches *borderline-europe* zusammen mit *bordermonitoring*, *GAR*, *kritnet* und *Mülteci-Der* betreut. Der Blog ist nun seit fast einem Jahr online und liefert kritische und aktuelle Informationen und Analysen zum europäisch-türkischen Grenzregime mit Fokus auf die Migrationszusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei sowie der Lebensrealität von Geflüchteten und Migrant_innen in der Türkei.

Am 18. März 2017 jährte sich die Unterzeichnung des umstrittenen EU-Türkei-Deals erstmalig. Zu diesem Anlass veröffentlichten diverse NGOs **Berichte und Statements** zu Auswirkungen für Geflüchtete in der Türkei als auch in Griechenland. Auch das *Editorial Board* von *HarekAct* verfasste ein kurzes **Statement** zum EU-Türkei-Deal.

Nur wenige Tage vor dem Jahrestag kündigte der **türkische Außenminister an**, dass vorerst keine Geflüchteten mehr von den griechischen Inseln zurückgenommen würden, und drohte mit der vollständigen Aufkündigung des Abkommens. Dennoch fanden auch nach dieser Äußerung Abschiebungen in die Türkei statt, auch wenn diese in der Medienöffentlichkeit wenig präsent sind. So

wurden zum Beispiel am 29. März 10 Syrer_innen per Flugzeug nach **Adana** und am 12. April 21 Geflüchtete von **Lesbos nach Dikili abgeschoben**. **Weitere türkische Politiker_innen** – unter anderem **Erdoğan** – sprechen davon, den Deal aufzuheben, und begründen die Drohung mit uneingelösten Versprechen von Seiten der EU. Aber auch die europäische Grenzschutzagentur **Frontex** schätzt das Abkommen als wackelig ein.

Seit März nahm außerdem die Anzahl an **Überfahrten von der Türkei auf die griechischen Inseln** – vor allem nach **Chios und Lesbos** – wieder zu. Am 24. März **kenterte ein Schlauchboot** mit 22 Menschen an Bord, 11 Menschen starben, darunter 5 Kinder. Auf dem Boot war auch **die Familie eines in Deutschland lebenden Syrers**, dem die Familienzusammenführung aufgrund seines Asylstatus (subsidiärer Schutz) verweigert worden war. Seine Frau und zwei Kinder sahen sich gezwungen, die gefährliche Überfahrt zu unternehmen, welche für sie tödlich endete. Die **griechische Regierung** reagierte auf die erhöhte Zahl an Ankünften und kündigte an, abgelehnte Asylbewerber_innen gezielt zu inhaftieren und Abschiebungen in die Türkei zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Anfang April kam es zu einem **rassistischen Übergriff auf syrische Geflüchtete**, die in einer improvisierten Zeltstadt in Torbali außerhalb von Izmir lebten und dort in der Landwirtschaft als billige Tagelöhner arbeiteten. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, dass ein Kind von einem Syrer geschlagen worden war. 31 Personen wurden verletzt, da-

von eine Person schwer und die 500 Syrer_innen sahen sich nach diesem Übergriff gezwungen ihren Wohnort – und damit auch ihre Arbeitsstätte – zu verlassen.

Mitte April verkündete das türkische Verteidigungsministerium, dass der Bau der 566 km-langen **Mauer an der türkisch-syrischen Grenze** nun beendet sei.

Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik (KideM)

Seit Oktober 2015 haben wir, in Zusammenarbeit mit *borderline-sicilia* aus Palermo und *Asyl in Not* aus Wien ein Recherche- und Veranstaltungsprojekt durchgeführt, in dem wir uns intensiv mit den Auswirkungen der europäischen Grenzsicherungs- bzw. Grenzabschottungspolitik auf die Einhaltung bzw. Verletzung internationaler Menschenrechtsschutznormen wie z.B. der Genfer Flüchtlingskonvention sowie auf die humanitären Grundwerte der EU beschäftigt haben. Fokussiert haben wir uns dabei auf die medial an den Pranger gestellten „Schlepper und Schleuser“ und die juristische Verfolgung von Personen, die bei dem Versuch, anderen Menschen den Zugang zur EU und damit dem Zugang auf die Durchführung eines Asylverfahrens erst zu ermöglichen, verhaftet und angeklagt worden sind. Dazu haben wir exemplarische Gerichtsverfahren in den beiden Mittelmeerländern, Italien

und Griechenland, und den beiden EU-Binnenländern, Österreich und Deutschland, beobachtet und aufgearbeitet. Gleichzeitig haben wir uns mit den historischen Veränderungen in der Betrachtungsweise dieses (kriminalisierten) Tätigkeitsbereichs beschäftigt, die zeitweise als „Fluchthilfe“ durchaus angesehen war und zu anderen Zeiten als „Schlepperei“ kriminalisiert wurde. Dieses Projekt ist ermöglicht worden durch eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und zum 31. März 2017 beendet worden. Eine englischsprachige Dokumentation unserer Recherchen und Veranstaltungen befindet sich zur Zeit im Druck und wir werden sie am 18. Mai 2017 im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin, Wien und Palermo vorstellen. In Berlin findet diese Pressekonferenz in Zusammenarbeit mit dem „European Center for Constitutional and Human Rights“ (ECCHR) und dem „Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein“ (RAV) und unter Beteiligung unseres griechischen Mitarbeiters von der Organisation *Diktio* (Network of Social Support to Refugees and Migrants) statt. (s.a. Terminankündigung)

Save the Dates!

18. Mai 2017 Pressekonferenz zur Vorstellung der Dokumentation des Projekts „Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik“

mit Vertreter*innen vom ECCHR, RAV, Diktio und
borderline-europe

Donnerstag, 18. Mai 2017 um 11 Uhr

Seminarraum 3

Tagungshaus „Alte Feuerwache“

Axel-Springer-Str. 40/41

10969 Berlin

Benefizkonzert 1. Juli 2017

Zum 8. Mal veranstaltet der Kulturkreis Carlow in diesem Jahr am 1. Juli das fast schon traditionelle Open Air Konzert „**Rock an der Kirche**“ in 19217 Carlow. Wie jedes Jahr werden mehrere Bands auftreten, viele der Dorfbewohner*innen sorgen für Speisen und Getränke und der gesamte Erlös der Veranstaltung wird zur Unterstützung der Arbeit von borderline-europe gespendet.

Euromediterranea 29.Juni-1.Juli 2017

Die Alexander-Langer-Stiftung in Bozen veranstaltet in diesem Jahr vom 29. Juni bis zum 1. Juli die Konferenz „**Euromediterranea 2017**“ zum Schwerpunkt Migration und verleiht währenddessen den

Preis der Alexander-Langer-Stiftung. Seitdem 2014 borderline-sicilia dort diesen Preis überreicht bekommen hat sind wir regelmäßig mit inhaltlichen Beiträgen an dieser Konferenz beteiligt.

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.